

II-6729 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3357/J
1992-07-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Huber, Dolinschek, Meisinger
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Gesundheit am Arbeitsplatz – gesund in Pension

Der Gewerkschaftliche Linksblock im ÖGB hat mit einem gerade für den Bundesminister für Arbeit und Soziales interessanten Flugblatt (siehe Beilage) wieder an die Problematik der Gesundheit am Arbeitsplatz und den Zusammenhang mit der Zahl der Frühpensionisten und Rentner erinnert.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Welche der Forderungen des Gewerkschaftlichen Linksblocks im ÖGB halten Sie für zielführend zur Bekämpfung von Gesundheitsschäden der Arbeitnehmer?
2. Werden Sie diese Forderungen in dieser Gesetzgebungsperiode umsetzen? Wenn nein, warum nicht?
3. Werden Sie insbesondere – nachdem die letzte Novellierung des nunmehrigen Nachschwerarbeitsgesetzes aufgrund der "intensiven" Verhandlungen der Sozialpartner volle zehn Jahre gedauert hat – umgehend Verhandlungen über die nächste Novellierung beginnen, damit wenigstens nach der Jahrtausendwende eine ausreichende Berücksichtigung extremer Arbeiterschwernisse sichergestellt sein wird?



Gesundheit am Arbeitsplatz -

Gesund in Pension

Die Zahl der Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen nimmt ein immer bedrohlicheres Ausmaß an. Jeder zweite Mann und jede dritte Frau müssen heute damit rechnen, ihr Pensionsalter nicht gesund zu erreichen. Die Lebenserwartung invalider Männer liegt um zehn Jahre unter der gesunder Männer, bei Frauen beträgt dieser Abstand mehr als fünf Jahre.

Invalidität bringt für die betroffenen Menschen eine stark eingeschränkte Lebensqualität und eine deutlich kürzere Lebenserwartung mit sich. Ein großer Teil dieser Invalidität ist in der Arbeitswelt entstanden, durch steigende Arbeitsbelastungen, Streß und Zeitdruck. Überstunden und Nachtarbeit nehmen zu. Neue Belastungen entstehen, wo neue Technologien angewendet werden. Daneben existieren in den traditionellen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Bau, Gastgewerbe, Handel, Bahn und Post) die klassischen krankmachenden Arbeitsbedingungen weiter. Abhilfe ist nicht in Sicht.

Das ist der Hintergrund, vor dem Regierung und Sozialpartner heute eine Pensionsreform betreiben, deren Ziel es ist, das Pensionsalter anzuheben. Wer früher in Pension geht, soll durch niedrigere Pensionen bestraft werden. Bestraft werden sollen auch ältere Arbeitslose und Invalide. Was können sie dafür?

Wir verlangen daher:

1. Arbeitssicherheit und Gesundheitsvorsorge in der Arbeitswelt müssen deutlich in den Vordergrund treten, wozu es verbesserter gesetzlicher Bestimmungen bedarf.
2. Eine grundlegende Novellierung des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes, die dazu führen muß, daß alle Menschen, die schwere Arbeit oder Schichtarbeit leisten, in den Genuß der Schutzbestimmungen (frühere Pension, mehr Urlaub, bezahlte Arbeitspausen) kommen. Dies muß auch für den Öffentlichen Dienst gelten.
3. Wir verlangen eine verbesserte betriebsärztliche Betreuung. Betriebsärzte sind dazu da, Krankmacher in den Betrieben aufzuspüren und Anleitung zu deren Beseitigung zu geben. Dafür müssen sie (technisch und rechtlich) ausgerüstet werden. Es bedarf der Einrichtung arbeitsmedizinischer Zentren, die vor allem auch den kleinen und mittleren Betrieben zugute kommen.
4. Eine Reform der Liste der anerkannten Berufskrankheiten muß dahin führen, daß wirklich alle krankmachenden Arbeitsbedingungen von der Unfallversicherung geschützt werden. Wer durch die Arbeit krank wird, soll neben seiner Pension mit einer Unfallrente rechnen können.

Krankheit darf nicht Grund für Armut sein!

5. Keine finanzielle Bestrafung für diejenigen Menschen, die aus Gründen von Invalidität oder Berufsunfähigkeit oder wegen langer Arbeitslosigkeit früher in Pension gehen müssen. Es darf keinen Nachteil gegenüber der regulären Alterspension geben.

1990 hatte jeder zweite Mann eine Pension unter 11.000 Schilling, jede zweite Frau hatte (einschließlich der Ausgleichszulagen) eine Pension, die unter 6.000 Schilling lag.

* Wir fordern eine deutliche Anhebung der kleineren und mittleren Pensionen und eine Mindestpension nicht unter 9.600,- Schilling.

Geld ist vorhanden!

Diese Forderungen können bezahlt werden. Dazu würde genügen, wenn die Wirtschaftspolizei und die Steuerbehörden bloß einen Teil der jährlich hinterzogenen 50 Milliarden Schilling an Steuern (Geheimkonten, Wertpapierdepots, Schwarzarbeit,..) eintreiben könnten.

Gesundheit ist ein unwiederbringlicher Wert, der höher stehen muß, als kurzsichtige Gewinnerwartungen.

Soziale Lösungen bedingen aktive Beschäftigungspolitik!

Es ist absurd, wenn die Unternehmerverbände sowie ÖVP und FPÖ, auf eine Anhebung des Pensionsalters zielen. Gerade ältere ArbeitnehmerInnen sind von den steigenden Arbeitslosenzahlen am stärksten und schmerzhaftesten betroffen. Dies ist nicht zu tolerieren.

* Wir treten daher für eine aktive Beschäftigungspolitik ein, die den Marsch in die Zweidrittelgesellschaft stoppt. Damit nicht noch mehr Menschen in das Abseits der Arbeitslosigkeit gedrängt werden, muß die Arbeitszeit rasch auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn gesenkt werden, wobei streng darauf zu achten ist, daß die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeitformen nicht verschlechtert werden. Überstunden dienen vielfach als Ersatz für Neueinstellungen. Eine solche Entwicklung kommt der Gesellschaft, und damit vielen der Beschäftigten, teuer zu stehen: der Preis heißt Arbeitslosigkeit.

**"Gesund in Pension" ist kein Schlagwort, keine Vision -
es ist ein soziales Gebot der Zeit!**